

Wolfram Adolphi:

Das faschistische Deutschland als »Freund«. Archivalien in der VR China zu den Erfahrungen der Guomindangregierung 1935-1941

*geschrieben im Dezember 1987 in China an der Peking-Universität;
gedruckt in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (DDR), Heft 3/1989 (37. Jg.), S. 211-227*

(Eine chinesische Übersetzung unter dem chinesischen Namen des Autors – An Wuxing – mit dem Titel »Faxisi Deguo shi Pengyou ma« erschien in Heft Nr. 2/1989 der Zeitschrift »Minguo Dang'an« in Nanjing, S. 119-130.)

[S. 211]

Im Frühsommer 1936, auf dem Höhepunkt mehrmonatiger intensiver, auf eine umfassende Vertiefung der bilateralen Beziehungen gerichteter Verhandlungen zwischen Deutschland und China, erhält der Ministerpräsident der Republik China, Marschall Jiang Jieshi (Tschiang Kaischek), ein vom 13. Mai 1936 datiertes persönliches Schreiben des »Führers und Reichskanzlers« des faschistischen Deutschlands, Adolf Hitler. Darin heißt es: »Mit großer Befriedigung begrüße ich Ihren Entschluss, das Aufbauwerk Chinas in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland durchzuführen. Ich verfolge Ihre Arbeit mit großem Interesse und bin bereit, Ihre Bestrebungen zu unterstützen. Der Warenaustauschverkehr zwischen China und Deutschland ist für die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder von größter Bedeutung. Ich danke Ihnen, dass Sie diesem Umstande Ihre besondere Aufmerksamkeit schenken (...) Ich bin ganz Ihrer Meinung und der festen Überzeugung, dass alle Voraussetzungen für die gegenseitige erfolgreiche Unterstützung unserer beider Länder gegeben sind, und dass ihre enge freundschaftliche Verbundenheit beiden Völkern nur von großem Nutzen sein kann.« (1)

Gewichtige Worte. Indes: Nur für eine kurze Zeit ist Gelegenheit zu einem Gefühl der Genugtuung bei der Guomindangregierung. Denn die konkrete Politik des faschistischen Deutschlands bietet schon bald ein höchst eigenartiges Bild der Interpretation dieser von Hitler deklarierten »gegenseitigen erfolgreichen Unterstützung« und »engen freundschaftlichen Verbundenheit«.

Am 25. November 1936 wird der Antikomintern-Pakt mit dem chinesischen Territorium besetzt haltenden Japan abgeschlossen. Noch glaubt man in Nanjing (Nanking), dem Sitz der Guomindangregierung, Warnungen progressiver und bürgerlich-antiimperialistischer Kräfte vor den Konsequenzen dieses Paktes nicht völlig ernst nehmen zu müssen; noch zeigt man sich bereit, den deutschen Beteuerungen hinsichtlich des »ganz allgemeinen« und für die deutsch-chinesischen Beziehungen »keineswegs bedrohlichen« Charakters des Paktes Glauben zu schenken. In der Hoffnung auf wirkungsvolle Unterstreichung gemeinsamer Positionen versichert Außenminister Zhang Qun dem deutschen Botschafter Trautmann am 27. November 1936 nachdrücklich, dass seine Regierung die »kommunistischen Banditen« schon »mit eigener Kraft unterdrücken« werde. (2)

Aber in enge »freundschaftliche Zusammenarbeit« mit China passt der Pakt natürlich nicht, und Besorgnis ist da in der Guomindangführung, die sich rasch vertieft. Die Gründe dafür mehren sich schnell. Als die japanische Armee am 7. Juli 1937 zur umfassenden Aggression

gegen China übergeht, drängt die faschistische deutsche Regierung, die der chinesischen Armee in den Jahren zuvor ja gerade der militärischen Stärkung Chinas wegen eine einflussreiche und zu diesem Zeitpunkt noch voll in China tätige Militärberatergruppe zur Verfügung gestellt hatte, gemeinsam mit

[S. 212]

den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens Jiang Jieshi, auf die japanischen Forderungen einzugehen und keinen Widerstand zu leisten. (3) Kurze Zeit später, im unmittelbaren Vorfeld der von der chinesischen Regierung nicht ohne Hoffnung auf Unterstützung erwarteten Brüsseler Fernost-Konferenz (3.-24. November 1937), entscheidet sich Hitler für eine volle Unterstützung der japanischen Aggression. (4) Diese Haltung trägt wesentlich dazu bei, dass eine Verurteilung Japans auf der Konferenz ausbleibt. Sie diktiert ebenfalls das den Wünschen des japanischen Aggressors entsprechende Herangehen der deutschen Regierung an die von Deutschland selbst initiierte, letztlich auch wegen dieses Herangehens scheiternde »Vermittlungs«-Aktion zwischen Japan und China in der Zeit vom November 1937 bis Januar 1938. (5)

Was der Guomindangregierung in ihren offiziellen Verlautbarungen gegenüber Deutschland bleibt, sind – trotz nicht zu übersehender Versuche, so lange als irgend möglich einen versöhnungsbereiten Ton zu wahren – mit zwingender Folgerichtigkeit nur noch Proteste, Zurückweisungen deutscher Positionen und schließlich die Kriegserklärung.

Ende Februar 1938 muss Jiang Jieshi zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland den japanischen Marionettenstaat »Manzhouguo« offiziell anerkannt und damit die Zerstückelung Chinas in aller Form gutgeheißen hat. Wang Chonghui, Nachfolger von Zhang Qun im Amt des Außenministers, übermittelt Botschafter Trautmann am 24. Februar 1938 den scharfen Protest der chinesischen Regierung. Noch sind – Hitlers »Freundschafts«-Beteuerungen liegen kaum zwei Jahre zurück – die Worte dieses Protestes mit einer die wirkliche Härte der deutschen Entscheidung für China nur unvollständig widerspiegelnden Zurückhaltung gewählt. Man müsse, so erklärt Wang, mit Bedauern feststellen, dass die deutsche Regierung mit diesem Schritt »die schmerzlichen Entwicklungen in diesem Teil der Welt missverstanden oder falsch interpretiert« hat. (6)

Zweieinhalb Jahre später, beim Abschluss des Drei-Mächte-Paktes Deutschland-Japan-Italien am 27. September 1940, besteht für die Guomindangregierung keine Hoffnung mehr, mit Zurückhaltung deutsche Grundsatzpositionen beeinflussen zu können. Wang Chonghui erklärt im Namen seiner Regierung: »Der Pakt ignoriert die legitimen Positionen, Rechte und Interessen der anderen europäischen und asiatischen Länder sowie nicht-europäischer und nicht-asiatischer Mächte in Europa und Asien und zielt offensichtlich darauf ab, diese Positionen, Recht und Interessen zu zerstören (...) Die chinesische Regierung und das chinesische Volk sind fest entschlossen, ihren Kampf zur Aufrechterhaltung der Weltordnung fortzusetzen. Die chinesische Regierung wird nie die sogenannte ›Neue Ordnung in Groß-Ostasien‹ und die sogenannte Führerschaft Japans in Ostasien anerkennen.« (7)

Trotzdem: Noch immer gibt es eine deutsche Botschaft in Chongqing (Tschunking), wohin sich die Guomindangregierung 1938 zurückziehen musste, noch immer gibt es bilaterale deutsch-chinesische Wirtschaftsaktivitäten im Rahmen der 1936 getroffenen Vereinbarungen, und noch immer glauben einflussreiche Guomindangpolitiker daran, dass sich die Spuren des Geistes des Briefwechsels von 1936 vielleicht doch noch zum Nutzen der Republik China verwerten lassen könnten. Also wird bei aller Verurteilung des Paktes Deutschland selbst

auch in dieser Wang-Chonghui-Erklärung noch immer mit einer gewissen Schonung behandelt.

[S. 213]

Doch dann versetzt das faschistische Deutschland der Jiang-Jieshi-Regierung den letzten entscheidenden Schlag: Am 1. Juli 1941 wird die von Wang Jingwei geführte chinesische projapanische Marionettenregierung in Nanjing als »Regierung der Republik China« offiziell anerkannt. Die Erklärung, die Guo Taiqi, der nunmehrige Außenminister der rechtmäßigen chinesischen Regierung, von Chongqing aus am 2. Juli in Verurteilung dieser Anerkennung und zur Suspendierung der diplomatischen Beziehungen seiner Regierung mit Deutschland und Italien abgibt, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. »Mit der Anerkennung des Marionettenregimes in Nanjing«, so Guo Taiqi, »dehnen die Regierungen Deutschlands und Italiens ihre aggressive Politik auf den Fernen Osten aus. Die Anerkennung lässt keinen Zweifel daran, dass diese Länder (Deutschland und Italien – W.A.) sich vorbehaltlos mit Chinas Feind (Japan – W.A.) zusammengeschlossen haben.« Damit haben, so fährt der chinesische Außenminister fort, Deutschland und Italien »alles Recht auf die Freundschaft der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes verloren.« (8)

Am 9. Dezember 1941, unmittelbar nach dem japanischen Überfall auf den USA-Stützpunkt Pearl Harbour, erklärt die Republik China Deutschland und Italien den Krieg. In dem von Regierungschef Lin Sen – dem nach Oberbefehlshaber und Guomindang-Vorsitzendem Jiang Jieshi zweiten Mann im Staat der Republik China – unterzeichneten und von Außenminister Guo Taiqi verlesenen Dokument heißt es: »Seit dem Abschluss des Dreimächtepaktes im September 1940 haben sich Deutschland, Italien und Japan zu einem Block von Aggressorstaaten zusammengeschlossen, in dem sie eng zusammenarbeiten, um ihr gemeinsames Programm der Welteroberung und Weltherrschaft zu verwirklichen. Um ihre Solidarität mit Japan unter Beweis zu stellen, haben Deutschland und Italien zunächst das japanische Marionettenregime in Nordostchina (gemeint ist ›Manzhouguo« – W.A.) und dann das in Nanjing (die Wang-Jingwei-Regierung – W.A.) anerkannt. In Konsequenz dessen hat China im vergangenen Juli seine diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und Italien abgebrochen. Jetzt nun haben Deutschland, Japan und Italien ihre aggressiven Handlungen weiter ausgedehnt und die gesamte pazifische Region in einen Kriegsschauplatz verwandelt. Damit haben sie sich selbst zum Feind der internationalen Gerechtigkeit und der Weltzivilisation gemacht. Diese Sachlage kann von der chinesischen Regierung und vom chinesischen Volk nicht länger toleriert werden. – Die chinesische Regierung erklärt darum hiermit, dass mit Wirkung von Mitternacht des 9. Dezember 1941 zwischen China und Deutschland und China und Italien der Kriegszustand besteht. Die chinesische Regierung erklärt weiterhin, dass alle Verträge, Konventionen, Abkommen und Kontakte, die die Beziehungen zwischen China und Deutschland und zwischen China und Italien betreffen, null und nichtig sind und bleiben werden.« (9)

Wenige Monate liegen zwischen Hitlers »Freundschafts«-Erklärung und den offensiv antichinesischen Aktionen des faschistischen Deutschlands; wenige Jahre, in denen die Jiang-Jieshi-Regierung voller Enttäuschung erkennen muss, dass diesem faschistischen Deutschland nicht an einem gleichberechtigt partnerschaftlichen Bündnis, sondern ausschließlich und rücksichtslos an einer Verfolgung der eigenen Weltherrschaftsziele gelegen ist. Das aggressive Wesen dieser Fernostpolitik des deutschen Imperialismus und das dieser Politik innewohnende Dilemma, das sich ergab aus dem Widerspruch zwischen dem für die herrschenden Kreise Deutschlands verlockenden Projekt der Verfügung über stabile Rohstoffquellen und solide Absatzmöglichkeiten in einem vom Faschismus-freundlichen Jiang Jieshi geführten China einerseits und dem für die Erringung

[S. 214]

der Weltherrschaft als unumgänglich erachteten Bündnis mit dem frontal antichinesischen militaristischen Japan andererseits, ist von K. Drechsler schon 1964 ausführlich beschrieben worden. (10) Einen wichtigen Beitrag zur weiteren Analyse der vielfältigen Eigentümlichkeiten im Verhältnis Deutschland-China in den dreißiger Jahren aus nichtmarxistischer Sicht haben in den vergangenen Jahren vor allem J. P. Fox, W. Kirby und U. Ratenhof geleistet. (11) In der VR China gibt es bisher noch keine umfassende Darstellung der chinesisch-deutschen Beziehungen. Einige kürzlich erschienenen Aufsätze deuten aber darauf hin, dass man offensichtlich der Auffassung ist, mittels einer detaillierteren Untersuchung gerade dieser Beziehungen stärkeren Aufschluss über das Wesen sowohl der deutschen als auch der chinesischen Außenpolitik in dieser Periode der dreißiger Jahre insgesamt erlangen zu können. Als Beispiel soll eine Arbeit von Cai Dejin und Yang Lixian zur deutschen »Vermittlung« zwischen China und Japan Ende 1937/Anfang 1938 stehen (12), die für die Erarbeitung dieses Aufsatzes wichtige Denkanstöße lieferte.

Im folgenden sollen – neben einigen konkreten politischen und wirtschaftlichen Aktionen im deutsch-chinesischen Verhältnis der dreißiger Jahre – vor allem jene beiderseits existierenden Pläne und Erwartungen, die die tiefe chinesische Desillusionierung und Enttäuschung hinsichtlich des vermeintlichen »Freundes« faschistisches Deutschland besonders verdeutlichen, näher betrachtet werden. Bei der Untersuchung kann sich der Verfasser auf in der VR China archivierte Materialien stützen, die erst kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden und vom Verfasser während eines mehrwöchigen Studienaufenthaltes am Zweiten Historischen Archiv Chinas in Nanjing eingesehen werden konnten.

In den Akten der chinesischen Guomindangregierung vom Spätherbst 1932 befindet sich das gedruckte Korrektorexemplar eines Aufsatzes für die Zeitschrift »Waijiao pinglun« (Außenpolitische Kommentare) zum Thema »Die deutschen Außenbeziehungen mit China und Japan«. (13) Der ursprünglich gesetzte Autorennamen ist durchgestrichen und handschriftlich der Name Xu Daolin eingefügt. Ob der ursprüngliche Name nun der eines untergeordneten Mitarbeiters war oder ein Pseudonym von Xu Daolin – die Entscheidung, die in diesem Aufsatz entwickelten Positionen offiziell mit der Person Xu Daolins zu verbinden, lässt darauf schließen, dass es sich um Positionen programmatischen Charakters handelt. Xu Daolin, geboren 1906, mit 25 Jahren in Berlin zum Doktor der Rechte promoviert und nach seiner Rückkehr nach China 1932 sofort zur Tätigkeit im geheimen »Ausschuss für Verteidigungsplanung« der Jiang-Jieshi-Regierung herangezogen, gehört zur unmittelbaren Umgebung von Jiang Jieshi, wird bis 1934/35 zu einem der entscheidenden Berater in der Deutschlandpolitik, und Jiang publiziert im Herbst 1934 sogar eigene strategische Auffassungen unter Xu Daolins Namen. (14)

Was sind die Eckpunkte des programmatischen Aufsatzes von 1932 – aus einer Zeit

[S. 215]

also, da China, das bereits seit über einem Jahr mit der von allen imperialistischen Ländern widerstandslos hingenommenen Okkupation seiner Nordostprovinzen durch Japan konfrontiert ist, verzweifelt nach Bündnispartnern sucht? Abschnitt 1 steht unter der Überschrift »Die natürliche Freundschaft zwischen China und Deutschland«. Als Gründe für eine derartige »Natürlichkeit« nennt Xu Daolin zunächst vor allem die starke gegenseitige Ergänzung der Wirtschaften beider Länder: Deutschland als Industrie-, China als Agrar-

und Rohstoffland. Da eine solche Ergänzenbarkeit aber auch mit England oder Frankreich bestehe, müsse man nun die politischen Besonderheiten Deutschlands herausarbeiten, und daraus ergebe sich folgendes Bild:

Deutschland – so meint Xu und gibt damit einen interessanten Einblick in die Weltansicht der Guomindang-Regierung und in die Anziehungskraft, die die außenpolitischen Positionen der deutschen Regierung für die Guomindang besaßen – sei keineswegs ein imperialistisches Land. Die für den Imperialismus typischen aggressiven Industrien entstünden erst, wenn es Kolonien gäbe, Deutschland aber habe keine Kolonien. Und aus diesem Sachverhalt ergäben sich nun sogar »gemeinsame antiimperialistische Standpunkte«. China sei, so stellt Xu Daolin richtig fest, »durch Verträge gefesselt. Die Wirtschaft ist von außen beherrscht, und wir müssen das Äußerste tun, um uns aus diesen Fesseln der Macht und des Einflusses des Imperialismus zu lösen.« An diesen Gedanken, die die tatsächliche Stellung des halbfeudalen, gerade erst kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickelnden Chinas in der kapitalistischen Weltwirtschaft widerspiegelt, schließt Xu die nur oberflächlich logische, im Wesen völlig schematische und in der späteren Politik verhängnisvolle, weil eben gefährliche Illusionen erzeugende Gleichsetzung an: »Auch Nachkriegsdeutschland ist durch Verträge (gemeint sind die von Versailles – W.A.) gefesselt (...) Folglich bringt Nachkriegsdeutschland China Sympathie entgegen (...), die Aufmerksamkeit für China wächst, und man beginnt zu begreifen, dass beide Länder Leidensgenossen sind.« (15)

Deutschland und China als »Leidensgenossen« – dieser Gedanke gewinnt in den Guomindang-Konzeptionen eine Schlüsselstellung. Aus dieser Konstellation heraus erhofft man sich langfristig eine kontinuierliche, stabil motivierte Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Dass dabei zur weiteren Begründung der Stabilität dieser Konstellation, zur weiteren Illustration der »Leidensgenossenschaft« nun – in freilich folgerichtiger Fortsetzung der Linie der Gleichsetzung Deutschlands und Chinas – die unterschiedlichsten Entwicklungen willkürlich miteinander vermischt und die diesen Entwicklungen zugrunde liegenden verschiedenen, ja gegensätzlichen Klasseninteressen und Triebkräfte negiert oder überhaupt nicht erkannt werden – darin liegt eine der bedeutsamen Ursachen für das spätere Scheitern aller wichtigen außenpolitischen Konzeptionen der Guomindang-Regierung in bezug auf die Beziehungen mit den imperialistischen Ländern im letzten Drittel der dreißiger Jahre.

Xu Daolin bezieht sich ausdrücklich auf antibritische und antifranzösische Positionen Stresemanns und ordnet – sich an reaktionäre deutsche Interpretationen anlehnend – den Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland in diesen »ewigen« Kampf Deutschlands gegen England und Frankreich ein. Der einzige Weg, den Deutschland habe, um diesen Kampf siegreich zu beenden, müsse, so Xu, in einer Politik des »Kontinentalbündnisses Deutschland-Rußland-China« bestehen. Nur in einem solchen Bündnis, das dazu noch recht schnell geschlossen werden müsse, könne es Deutschland gelingen, seinen Gegnern zuvorzukommen und sich aus den »von England und Frankreich geschaffenen Fesseln zu befreien«.

Gleichsam beschwörend entwickelt Xu Daolin dann Thesen, wonach Deutschland sich bei der Suche nach Bündnispartnern keinesfalls auf Japan verlassen dürfe. Zunächst sei von entscheiden-

[S. 216]

der Bedeutung, dass die Wirtschaften Japans und Deutschlands zu ähnlich seien, um sich ergänzen zu können. Da sei weiter, betrachte man die globale Konstellation, die Tatsache, dass die USA gegen ein Bündnis Deutschland-Rußland-China keine Einwände haben

würden, während ein Bündnis Deutschland-Japan neben vielen anderen Nachteilen für Deutschland auch den der zusätzlichen Gegnerschaft der USA mit sich bringen würde. Und die Chancen für ein Kontinentalbündnis, führt Xu weiter aus, stünden auch deshalb gut, weil »zwischen Russland und China letzten Ende kein großer Hass« bestehe, während es »zwischen Russland und Japan beständige Spannungen« gebe. Nicht zuletzt schließlich sei dem Bündnisgedanken förderlich, dass ein chinesisch-deutsches Zusammengehen die Unterstützung des chinesischen Volkes erhalten werde, da Deutschland mit seinen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Leistungen in China einen guten Ruf genieße. (16)

Xu Daolin sieht Deutschland in den weiteren Abschnitten seines Aufsatzes keineswegs unkritisch. Mit Unbehagen registriert er die deutsche Akzeptanz der Okkupation der chinesischen Nordostprovinzen durch Japan, und in einer Analyse der Positionen der einzelnen politischen Parteien in Deutschland hebt er zwar den Anti-Versailles-Standpunkt der NSDAP hervor, macht aber zugleich auf die deutlichen Sympathien dieser Partei für Japan aufmerksam. Trotz solcher Warnungen und Zweifel bleibt Xu insgesamt bei seiner Zuversicht, dass die »natürliche Freundschaft« mit Deutschland Früchte tragen werde. Und diese Zuversicht bildet in den darauffolgenden Jahren für die chinesische Regierung ein wichtiges Motiv im Bestreben, die Beziehungen mit Deutschland rasch und konkret zu vertiefen. Dabei ist interessant, dass die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland 1933 für diese Pläne der Guomindangregierung, für ihr Herangehen an die Entwicklung der bilateralen Beziehungen keine einschneidende Zäsur darstellte. Vor allem zwei Ursachen sind dafür zu nennen:

Zum einen der Charakter des Jiang-Jieshi-Regimes. Jiang war 1927 im Ergebnis der blutigen Niederschlagung der Revolution 1925-1927 an die Macht gekommen. Militanter Antikommunismus gehörte ebenso zu den Wesenszügen seines Regimes wie die Missachtung und Niederhaltung aller demokratischen Regungen. Nicht nur unter diesem Blickwinkel entwickelte Jiang schon vor 1933 zunehmende Sympathien für faschistische Herrschaftsformen. In der mit militärischer Macht durchgesetzten Diktatur sah er die geeignetste Methode, den Widerstand der verschiedenen lokalen Militärmachthaber gegen die Stärkung der von ihm geführten Zentralgewalt zu brechen. Und schließlich strebte Jiang auch deshalb nach unumschränkter Diktatur, weil er auf diese Weise hoffte, die imperialistischen Mächte zum Verzicht auf die ungleichen Verträge zwingen und sich der wachsenden Bedrohung durch Japan erwehren zu können. Aus all dem ergab sich, dass – wie Kirby mit ausführlichen Beispielen belegt – »das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland in China mit weitverbreiteter Zustimmung begrüßt (wurde). Und zwar nicht nur, weil es zeitlich mit bedeutenden Entwicklungen in den deutsch-chinesischen Beziehungen zusammenfiel. Faschismus – so erschien es vielen Chinesen – war etwas, das auch für China geeignet sein könnte als ein Mittel im Kampf für innere Integration und internationale Selbstbestätigung.« (17)

Eine andere Ursache ist der Charakter der deutschen Beraterschaft in China, der seinerseits direkt mit der Politik Jiang Jieshis zusammenhing. Diese Politik zog seit 1927 vor allem solche Kräfte an, die für eine besonders rasche Wiederbelebung der deutschen Aggressivität, des deutschen Expansionismus eintraten und damit auf den Faschismus hinarbeiteten. Die deutschen Berater als ganz entscheidende Träger des Annäherungsprozesses zwischen Guomindangregierung und Deutschland waren nicht Verfechter der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften der Wei-

[S. 217]

marer Republik, sondern aktive Vorreiter des Faschismus. »Bauer, Kriebel (die beiden ersten Chefs der deutschen Beratermission – W.A.) und andere«, so Kirby, »standen dem Weimarer Staat mit Antipathie gegenüber« und »sahen sich selbst als Bewahrer eines wirklichen (wenngleich zeitweilig preisgegebenen) deutschen Geistes, als Vorboten einer Erneuerung, die bald kommen würde.« (18) Erster Chefberater nach der faschistischen Machtergreifung wird Generaloberst Hans v. Seeckt, der von November 1923 bis März 1924 an der Spitze jener faktischen Militärdiktatur stand, mit der deutsche Monopolbourgeoisie die für sie akutesten Gefahren der revolutionären Nachkriegskrise bannen und ihre Herrschaft stabilisieren konnte (19) – Kontinuität im Besonderen und Allgemeinen, widergespiegelt in den Grundpositionen einzelner Berater und in der gegenseitigen Anziehung zwischen der Guomindangregierung und den reaktionärsten Kräften des deutschen Imperialismus.

Auch Xu Daolin spielt in diesem Prozess eine Rolle sowohl vor als auch nach dem Januar 1933. Mitte Oktober 1933 unterbreitet er der chinesischen Regierung »Vorschläge zur Förderung der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Deutschland«, die klar erkennen lassen, welche Beziehungen Xu in Deutschland bereits angeknüpft hat und auf welche politischen Kräfte er seine Pläne zu stützen gedenkt. Zunächst, so formuliert er unter treffendem Bezug auf Interessenlagen des deutschen Monopolkapitals, müsse man ohne Verzögerung eine Luftverkehrslinie Europa-Asien einrichten. Dann müsse rasch »die seit Jahren unentschiedene Frage« des Baus eines Flugzeugwerkes in China mit deutscher Hilfe zur Entscheidung gebracht werden. Gleichzeitig gelte es, Verhandlungen über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Farben- und Düngemittelindustrie, der pharmazeutischen Industrie und des Eisenbahnbaus einzuleiten und den Abschluss eines Handelsvertrages vorzubereiten. Dazu müssten Leute nach Deutschland entsandt werden, die, so unterstreicht Xu mit ausdrücklichem Hinweis auf seinen persönlichen Erfahrungen, in der Lage sind, unmittelbar mit Schacht, Göring und anderen zur direkten Umgebung Hitlers gehörenden Personen in Kontakt zu treten. (20)

Die hohen Erwartungen der Jiang-Jieshi-Regierung haben in Deutschland einen weiteren gewichtigen Hintergrund. Xu Daolins Auffassung von der gegenseitigen Ergänzung der Wirtschaften Chinas und Deutschlands, die sich auf langfristige Interessen deutscher Imperialisten am Chinahandel stützt, findet eine handfeste – und im Vergleich zu diesen Erfahrungen noch entschiedenere – Bestätigung in den Anstrengungen einer insbesondere um Wirtschaftsminister Schacht und Kriegsminister von Blomberg sich zusammenfindenden Gruppierung des deutschen Monopolkapitals. Die Bestrebungen dieser Gruppierung sind darauf gerichtet, den Stellenwert Chinas für die deutsche Wirtschaft wesentlich zu erhöhen. Vieles deutet darauf hin, dass es auch deutscherseits nicht nur bei wirtschaftlichen Beziehungen bleiben soll, sondern politisch-strategische Momente an Bedeutung gewinnen könnten. Eine bedeutende Rolle bei der Übermittlung derartiger deutscher Pläne an die chinesische Regierung spielen seit 1927 die schon erwähnten deutschen Berater, die bei Jiang Jieshi unter Vertrag stehen. Deren Wirken ist es, das bei der Guomindangregierung die Erwartungen an Deutschland prägt und vertieft. Die Berater sind der chinesischen Regierung unterstellt und keine offiziellen Repräsentanten Deutschlands. Sie haben außerordentlich engen, von keiner diplomatischen Vertretung auch nur annähernd erreichbaren Kontakt zu Jiang Jieshi und dessen Umgebung. So werden sie zu einem in dieser Art wohl ein-

[S. 218]

maligen Bindeglied zwischen einer chinesischen Regierung und der Regierung und Wirtschaftsführung eines imperialistischen Staates. Diese Präzedenzlosigkeit des Status und

der Rolle der deutschen Berater hervorzuheben, ist für das Verständnis der großen chinesischen Erwartungen sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen als auch der politisch-strategischen Beziehungen unerlässlich, eröffnet sich doch hier für die Guomindangregierung scheinbar eine völlig neue Perspektive – die Perspektive der gleichberechtigten Zusammenarbeit mit einer der Hauptmächte des Imperialismus.

Neben den spezifischen Formen der Beratertätigkeit sind auch die komplizierten innerchinesischen und internationalen Bedingungen, unter denen sich diese Beratertätigkeit vollzog, wesentlich. Die Jiang-Jieshi-Regierung hatte sich nicht nur mit der Okkupation der chinesischen Nordostprovinzen durch Japan, sondern ständig auch mit separatistischen Bestrebungen lokaler Militärherrscher in verschiedenen Teilen Chinas auseinanderzusetzen; die wirtschaftliche Lage war schwierig und durch die Fortsetzung der imperialistischen Ausplünderungspolitik zusätzlich unkontrollierbar. Die abwartende Haltung der imperialistischen Länder gegenüber der japanischen Aggression tat ein Übriges, um die Gestaltung aller chinesischen Außenbeziehungen zu den imperialistischen Ländern zu erschweren. All dies führte dazu, dass der Einfluss einiger Persönlichkeiten unter den Beratern überdurchschnittlich groß werden konnte, ihren Haltungen, Ansichten und Plänen chinesischerseits ein besonderes Gewicht beigemessen wurde.

Exemplarisch dafür ist die Person des Hans Klein. Die in Nanjing aufbewahrten Archivalien gestatten nicht nur einen tieferen Einblick in die von diesem direkt für Jiang Jieshi arbeitenden Militär-, Wirtschafts- und politischen Berater entwickelten Pläne, sondern auch in die konkreten Wege und Methoden ihrer Verwirklichung. Damit geben sie wichtige Hinweise auf die Schlüsselrolle, die dieser Hans Klein vor allem in den Jahren 1934 bis 1936 für die deutsch-chinesischen Beziehungen und insbesondere für die hohen chinesischen Erwartungen spielte.

Wer war Hans Klein? Die Angaben über ihn in der Literatur zu den deutsch-chinesischen Beziehungen sind knapp. Kirby weist darauf hin, dass Klein vor dem ersten Weltkrieg als Kolonial-Geschäftsmann in den deutschen Besitzungen in Ostafrika tätig war. 1924 – so Kirby – wurde er Angehöriger der Berliner Engelhardt-Bank, die »stark mit Waffengeschäften befasst war« und in deren Auftrag er »ausgedehnte Aktivitäten in Reichswehr-Unternehmen im Ausland betrieb.« (21) Zur Abwicklung dieser Waffengeschäfte setzte ihn die Reichswehr als Direktor der speziellen – von Kirby als »Scheinkonzern« bezeichneten – »Stahl- und Maschinengesellschaft m.b.H.« (STAMAG) ein. (22) Klein besitzt also, als er Anfang der dreißiger Jahre in China auftaucht, einen festen Rückhalt in der Reichswehr und über diese in den Rüstungskonzernen, deren Einfluss in Deutschland in stetigem Wachsen begriffen ist. Und er ist außerdem seit diesen Geschäften Anfang der zwanziger Jahre eng mit General v. Seeckt verbunden (23), der 1933 zur gleichen Zeit wie Klein nach China reist, 1934 bei seiner zweiten Chinareise Jiang Jieshis Chefberater wird und Klein als seinen Wirtschaftsexperten einsetzt.

In eine Schlüsselrolle hineinzuwachsen beginnt Klein, als er – in nach außen hin »rein privater« Angelegenheit! – am 23. August 1934 mit dem chinesischen Finanzminister Kong Xiangxi (H. H. Kung) einen Warenaustauschvertrag abschließt. Knappe zwei Jahre später, am 15. Mai 1936, wird Wirtschaftsminister Schacht in Briefen an Jiang Jieshi und Kong Xiangxi »mit großer Freude und Befriedigung« mitteilen, »dass der durch die Chinesische Regierung mit Herrn Hans Klein geschlossene Austausch-Vertrag vom 23. August 1934 von der Deutschen Regierung übernommen wurde.« (24)

[S. 219]

Auf die staatliche Sanktionierung der Handelsgeschäfte, die im Rahmen dieses Vertrages von Beginn an so gut wie ausschließlich militärischen Charakter tragen bzw. militärstrategischen Zwecken dienen, hat Klein im Auftrag des von Schacht und von Blomberg repräsentierten »China-Flügels« des deutschen Monopolkapitals seit 1934 mit hohem Einsatz hingearbeitet. Dies kommt besonders in jenen Papieren zum Ausdruck, mit denen Klein im Herbst 1935 die Reise der hochrangigen chinesischen Regierungsdelegation nach Deutschland vorbereitet, die dann im Frühjahr 1936 in Berlin die entscheidenden offiziellen Verhandlungen führt.

Seinen chinesischen Auftraggebern Jiang Jieshi und Kong Xiangxi hat sich Klein zu diesem Zeitpunkt mit einem in chinesischer Maschinenschrift 24 Seiten umfassenden »Organisationsvorschlag für den Aufbau einer starken Zentrale« empfohlen. Dieser Plan – wie alle hier aus dem Zweiten Historischen Archiv Chinas zitierten Akten dem dortigen Bestand der Akten der Guomindangregierung zugehörig – trifft den Nerv des nach Stärkung der Zentralgewalt dürstenden Jiang-Regierung: Klein schlägt die Schaffung eines Aufbaustabes der Regierung vor, der die Reorganisierung der Armee und die wirtschaftliche Entwicklung unter vorrangiger Berücksichtigung militärstrategischer Gesichtspunkte miteinander koordinieren soll. Detailliert erläutert er die Aufgaben von 15 Zentralen Ämtern und Büros, die – seinen Vorstellungen von einer straffen Führung entsprechend – dem Aufbaustab unterstellt werden sollen. Dabei beweist er Sachkenntnis und das Vermögen, sich den konkreten chinesischen Bedingungen anzupassen, indem er bereits an zweiter Stelle innerhalb dieser 15-Ämter-Liste die Schaffung eines Zentralbüros für topographische Erkundung des Landes fordert und neben die Ämter für Bauwesen, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und Gesundheitswesen auch ein spezielles Amt für Veterinärwesen stellt. Auch den politischen Bereich schließt Klein in seine Pläne ein: Er konzipiert die Aufgaben der Ämter für Justiz und für öffentliche Sicherheit, aber auch für »Bildung der Massen« und für Propaganda. (25)

Der Gruppe der deutschen Militärberater soll – so schlägt Klein vor – die Aufgabe der Reorganisation der chinesischen Armee übertragen werden, und auch die mit dieser Reorganisation verbundenen Fragen der Einstellung der Wirtschaft auf kriegswirtschaftliche Bedingungen sollen zum Mitsprachebereich der deutschen Berater gehören. (26) Damit will Klein dem deutschen Militär und der deutschen Industrie einen in der Tat beispiellosen, umfassenden Einfluss auf die chinesische Entwicklung sichern.

Dass Klein von Beginn an nicht »privat«, sondern im Auftrag einflussreichster Kreise des deutschen Monopolkapitals handelte, darüber kann es zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieser Pläne bei der chinesischen Regierung keinerlei Zweifel mehr geben. Am 16. März 1935 – so lässt sich aus den Akten in Nanjing rekonstruieren – hatte Schacht über Klein an Jiang Jieshi die Nachricht übermittelt, dass er die Absicht habe, den Vertrag von 1934 nicht nur anzuerkennen, sondern ihn zusätzlich durch einen Warenkredit zu unterstützen, (27) und am 8. Juli 1935 sandte General v. Seeckt, der bis März 1935 als oberster Militärberater bei Jiang Dienst getan hatte, von Berlin aus ein Telegramm an Jiang Jieshi, in dem er über die persönliche Zustimmung Hitlers zur Vertiefung der Zusammenarbeit durch die fixierten Projekte informierte. (28)

Der deutschlandpolitische Aktenkomplex des Herbstes 1935 enthält neben dem »Organisationsvorschlag« Kleins auch Entwürfe von Briefen von Jiang Jieshi an v. Blomberg (29), Schacht (30)

[S. 220]

und v. Seeckt (31) in Berlin. Diese Entwürfe – obwohl undatiert und ungezeichnet – verdienen besondere Beachtung. Denn ein Vergleich mit Originalbriefen Kleins an Mitglieder der chinesischen Regierung lässt im Stil, im Schreibmaschinenbild und in der jeweils beigelegten chinesischsprachigen Fassung unschwer erkennen, dass Klein einen wesentlichen Anteil an der Erarbeitung des Inhalts und des deutschen Textes dieser Jiang-Briefe hatte.

Bemerkenswert an diesen Entwürfen ist vor allem die Intensität, mit der Klein das bisher in den Beziehungen Erreichte festzuschreiben und weitere Projekte zu initiieren versucht. Mit nahezu jeder Formulierung, die er Jiang Jieshi vorschlägt, will er auf deutscher Seite das Vertrauen in die chinesische Seite stärken, und zweifellos artikuliert er auch den umgekehrten Effekt: dass die Art seiner Vorschläge das Vertrauen der Guomindangregierung in die Ernsthaftigkeit, in das Gewicht, in die politische Anbindung der von ihm unterbreiteten Vorschläge vertieft. – Nur am Rande sei vermerkt, dass diese Briefentwürfe Kleins angefüllt sind nicht nur mit einem hohen Maß an Demagogie, sondern auch mit jener Arroganz und grenzenlosen Selbstüberschätzung, die das Auftreten des deutschen Imperialismus gegenüber China von jeher kennzeichnete.

So heißt es im Entwurf des Jiang-Briefes an v. Blomberg: »Ich (gemeint ist also Jiang Jieshi – W.A.) verfolge mit größtem Interesse den Neuaufbau der deutschen Wehrmacht und bewundere Ihre Tatkraft und Ihren eisernen Willen, die Sie dazu befähigen, in so kurzer Zeit ein Machtinstrument zu schaffen, das Deutschland die Sicherheit gibt, seinen wirtschaftlichen Aufbau in friedlicher Arbeit durchzuführen. Sie werden für mich Vorbild sein bei meinem Streben, China auf dem Weg über den militärischen Aufbau fest zusammenzuschließen und dem friedlichen und fleißigen chinesischen Volke unter dem Schutze der Wehrmacht die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung zu geben (...) Ich begrüße die Zusammenarbeit mit Deutschland, die durch den Güterauschvertrag geschaffen worden ist. China ist in der Lage, Deutschland mit Rohstoffen aller Art zu versorgen und Sie können bestimmt darauf rechnen, dass China keine Mühe scheuen wird, Deutschland aus seiner Rohstoffnot zu helfen.« Zur inneren Entwicklung Chinas heißt es weiter, dass Jiang »fest entschlossen« sei, den Vorschlägen von Generaloberst von Seeckt zu folgen »und die (...) durch Herrn Klein vorgetragene und schriftlich niedergelegte Pläne zu verwirklichen«. Der Entwurf endet mit der Bitte, »mir die reichen deutschen Erfahrungen auf dem militärischen und militärtechnischen Gebiet zur Verfügung zu stellen. Ich beabsichtige, mich bei Organisation, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung der neuen chinesischen Wehrmacht auf das deutsche System zu stützen.« (32)

Der Entwurf des Briefes von Jiang Jieshi an General v. Seeckt baut auf sieben Schreibmaschinenseiten die gegenüber v. Blomberg genannten Grundgedanken zur Zusammenarbeit weiter aus. Hinsichtlich der deutschen Rohstoffbezugswünsche gibt es neue Zusagen: »Im Hinblick auf die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten unserer beiden Länder ist die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit so klar und einleuchtend, dass alle Kräfte von beiden Seiten dafür eingesetzt werden müssen. Nach Erledigung der noch notwendigen Formalitäten in Berlin steht der Durchführung des Austauschvertrages (...) nichts mehr im Wege. Die notwendige Organisation, die eine reibungslose Abwicklung in China ermöglicht, ist in Bildung begriffen, so dass mit Anfang des nächsten Jahres (gemeint ist 1936 – W.A.) die Lieferungen nach Deutschland beginnen können. Eine Aufstellung über diejenigen Mengen an Landesprodukten und Montanrohstoffen, die China im Laufe des nächsten Jahres nach Deutschland zur Ausfuhr bringen wird, ist Herrn Klein übergeben worden. Es wird nicht schwer sein, die Ausfuhrmengen an

[S. 221]

Landesprodukten in den weiteren Jahren bedeutend zu erhöhen.« Verbunden werden diese Zusagen mit der Bitte um Entsendung von »berufenen Fachleuten für Geologie, Bergbau und Hüttenwesen« nach China.

Ferner heißt es: »Ich (Jiang Jieshi – W.A.) habe bei unseren gemeinsamen Besprechungen stets betont, dass ein wirtschaftlicher Aufbau Chinas nur über den militärischen Aufbau erfolgen kann (...) Die Errichtung einer einheitlich ausgerüsteten, hochwertigen und schlagfertigen, wenn auch kleinen Wehrmacht ist dringend erforderlich. Ebenso müssen die erforderlichen wehrwirtschaftlichen und industriellen Einrichtungen in einem solchen Umfange geschaffen werden, dass eine gewisse Unabhängigkeit vom Ausland erreicht wird.«

Was man mit all dem nicht zuletzt erreichen will, wird ein paar Sätze weiter so formuliert: »Eine derart im Zentrum aufgebaute Wehrmacht gibt der chinesischen Regierung die Möglichkeit, den von außen her genährten Kommunismus nachhaltig zu bekämpfen.«

Die Pläne und Organisationsvorschläge Kleins charakterisiert der Briefentwurf als »den chinesischen Belangen entsprechend«. Sie sollen »eine Grundlage sein für den wehrwirtschaftlichen, privatwirtschaftlichen und Verwaltungs-Aufbau Chinas«. Von einem Stufenplan ist die Rede, demzufolge »die grundlegenden Aufbauarbeiten für den Gesamtaufbau Chinas entsprechend den von Herrn Klein vorgezeichneten Richtlinien [!] in drei Zeitabschnitten von je drei Jahren« bewältigt werden sollen. »Ich bitte Sie«, heißt es, »mir für den militärischen, wehrwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbau einen Stab erstklassiger Fachkräfte sowie einen Ausbildungsstab unter Führung eines Generalstabschefs zusammenzustellen. Im Interesse der einheitlichen Planung und Durchführung des militärischen Aufbaus werde ich bis zum Eintreffen dieser Stäbe keinerlei Entscheidungen über Fragen treffen, die die Landesverteidigung berühren, wie Beschaffung von Waffen und Gerät, Bau von Eisenbahnen und Fabriken.« Und weiter: »Von ganz besonderer Bedeutung ist die Ausbildung chinesischer Offiziere und Offiziersanwärter in der deutschen Wehrmacht. Ich würde Ihrer Regierung besonders dankbar sein, wenn meine jungen Offiziere und Offiziersanwärter unter Ihrer Protektion ihre militärische Ausbildung in der deutschen Wehrmacht erhalten könnten.« (33)

Im Entwurf des Briefes von Jiang Jieshi an Schacht ist von der Entscheidung Jangs die Rede, Kong Xiangxi zu beauftragen, in Abstimmung mit Schacht einen bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden, der die Abschlussverhandlungen über den damit staatlich sanktionierten Warenaustauschverkehr führen soll. (34) Der detaillierte Reise- und Gesprächsplan für den Aufenthalt dieses Bevollmächtigten und seiner Delegation in Deutschland stammt ebenfalls von Hans Klein.

Klein geht hierin weit über die Kompetenzen einer herkömmlichen Handelsdelegation hinaus. Er erarbeitet konkrete Gesprächshinweise für Begegnungen mit Hitler, v. Blomberg und Schacht, des weiteren mit den Ministern für Luftfahrt, Verkehr, Bildung und Arbeit sowie mit dem Innen- und dem Außenminister. Der Themenkatalog umfasst viel mehr als nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es geht um die Ausbildung chinesischer Offiziere in der deutschen Wehrmacht und die Ausrüstung der chinesischen Truppen und Luftwaffe ebenso wie um Kulturbeziehungen und den Studentenaustausch. (35) Nichts scheint zu fehlen in diesen Vorschlägen – Klein tut alles,

[S. 222]

um der chinesischen Seite das Gefühl umfassender deutscher Kooperationsbereitschaft zu vermitteln. Auffällig allerdings ist die Kürze der Hinweise für das Gespräch mit dem Außenminister: Kein Satz zur Lage in Asien, keine Andeutung der Unterstützung außenpolitischer Positionen, Forderungen und Ziele der Guomindangregierung durch Deutschland. Ganz offensichtlich war Klein sich sehr wohl dessen bewusst, dass sich in diesen Fragen die deutsche Regierung auf keinen Fall binden, dass sie sich vielmehr ungestört die Japan-Option offen halten wollte.

Die chinesische Regierungsdelegation weilt ab Januar 1936 für mehrere Wochen in Berlin. Der Warenaustauschvertrag (»HAPRO-Vertrag«), die Fortführung des Klein-Vertrages vom 23. August 1934, wird durch einen deutschen Kredit in Höhe von 100 Mill. Reichsmark (RM) untersetzt und am 8. April 1936 unterzeichnet. Hitler bestätigt die Begegnung mit dieser Abordnung in dem eingangs erwähnten Brief an Jiang Jieshi vom 13. Mai 1936: »Ich habe die Herren Ihrer Kommission unter Führung des Herrn Dr. Ku Chen empfangen und durch sie Ihre Gedanken für die wirtschaftliche Zusammenarbeit erfahren.« (36) Im gleichen Brief bestätigt Hitler auch den Erhalt eines Schreibens von Jiang Jieshi vom 23. November 1935 – womit der Zusammenhang mit den Briefentwürfen Kleins vom Herbst 1935 hergestellt ist. Auch v. Blomberg und Schacht beziehen sich in Briefen an Jiang vom 13. Mai bzw. 15. Mai 1936 auf die Tätigkeit der Delegation und auf Schreiben Jangs vom November 1935. (37)

Im Vorfeld des Besuchs der Delegation präzisiert Klein im engen Kontakt mit dem Sekretär des Ausschusses für Verteidigungsplanung der Guomindangregierung, Weng Wenhao, Umfang und Inhalt der deutschen Rohstoff-Kaufwünsche und der entsprechenden chinesischen Liefermöglichkeiten. »Deutschlands Bedarf an Montanrohstoffen und Landesprodukten«, schreibt Klein am 29. Oktober 1935 in Nanjing an Wenig, »ist außerordentlich groß und umfasst annähernd alles, was China für einen Export organisieren kann.« In einer Liste führt er unter der Überschrift »Bevorratung für Landesverteidigung« als Einzelposten auf: 2.000 t Antimon, 5.000 t Asbest, 30.000 t Blei, 2 Mio. t Eisenerz, 150.000 t Kupfer, 50.000 t Mangan, 1.000 t Molybdän, 8.000 t Nickel, 150 t Quecksilber, 2.000 t Wolfram, 4.000 t Zinn, 10.000 t Zink, 60.000 t Baumwolle, 5.000 t Hanf, 1.600 t Seide. Den außerhalb dieser Bevorratung notwendigen »gedrosselten Jahresbedarf« beziffert Klein noch weit höher: zum Beispiel auf 3.000 t Antimon, 24.000 t Asbest, 100.000 t Blei, 6.000 t Molybdän, 600 t Quecksilber, 8.000 t Wolfram, 24.000 t Zinn, 220.000 t Zink, 680.000 t Baumwolle, 4 Mio. t Ölfrüchte aller Art. »Dieser Bedarf«, erläutert er, »ist mengenmäßig nur soviel, als trotz aller Einschränkung eingeführt werden muss. Hierbei sind Schafwolle, Häute, Felle, Ziegenhaare und viele andere Produkte noch nicht angegeben.« Und zu den als Gegenwert vorgesehenen deutschen Lieferungen militärischer Güter versichert Klein: »Betreffend die Aufträge Chinas, die für das erste Jahr in Höhe von 100 Millionen Reichsmark vorgesehen sind, habe ich Ihnen erklärt, dass für die Lieferung keinerlei Schwierigkeiten bestehen (...) Hierüber kann die chinesische Kommission bereits in Berlin verhandeln.« (38)

Klein verweist in diesem Schreiben übrigens selbst auf seine Rolle als Briefentwerfer für die Guomindangregierung: »Im Interesse der Privatwirtschaft und zum Schutze der chinesischen Devisenbewirtschaftung habe ich schon in meinen Ausarbeitungen darauf hingewiesen, dass der Privathandel in den Warenaustauschverkehr mit Deutschland eingeschaltet werden soll. Ich habe dieses auch in dem Briefentwurf des Herrn Finanzministers Dr. H. H. Kung an Herrn Dr. Schacht ausgeführt.« (39)

[S. 223]

Innerhalb weniger Tage wendet sich Klein noch mit zwei weiteren Briefen an Wenig Wenhao. Am 31. Oktober 1935 macht er ihn darauf aufmerksam, dass 1934 bei den Besprechungen zum Austauschvertrag in Kuling Kong Xiangxi (H. H. Kung) angeregt hatte, eine chinesisch-deutsche Fluss-, Küsten und Seeschiffahrtsgesellschaft zu gründen, und dass er, Klein, nun in Deutschland bei dem »Beauftragten des Reichsführers für Wirtschaftsfragen«, Keppler, sowie beim Morddeutschen Lloyd und bei der Hamburg-Amerika-Linie für einen solchen Plan Verständnis gefunden habe. (40) Und am 3. November 1935 übermittelt er Wenig noch einmal eine Liste der »von Deutschland zur Zeit am dringendsten benötigten Rohstoffe«, worunter er 100.000 t Sojabohnen, 100.000 t Erdnüsse, 50.000 t Ölsaaten, 10.000 t Baumwolle, 2.500 t Holzöl und für 300.000 Reichsmark Molybdän benennt. (41)

Nicht nur über Bedarf und Pläne wird korrespondiert, auch konkrete Abmachungen, die den Weg für den staatlichen Vertragsabschluss ebnen sollen, stehen zur Debatte. So teilt Klein am 7. November 1935 in einem an Jiang Jieshi gerichteten Schreiben mit, dass v. Blomberg »hoherfreut« die Nachricht begrüßt habe, wonach die chinesische Regierung dem Reichskriegsministerium »schnellstmöglich« 2.000 t Wolframerz zur Verfügung zu stellen bereit sei. Noch im November würde die Firma Melchers & Co. Mit der Verschiffung der ersten 700 t beginnen, im Dezember 1935 und Januar 1936 würde die Lieferung komplettiert werden. (42)

Ein Wort zur Person des bereits mehrfach genannten Weng Wenhao. Er, der im Dezember 1935 zum Generalsekretär des Exekutiv-Yuan – also etwa des Ministerrates – ernannt wird, spielt für die Beziehungen der Jiang-Jieshi-Regierung zu Deutschland bis zu deren Abbruch infolge der Anerkennung des Wang-Jingwei-Regimes durch die faschistische deutsche Führung im Juli 1941 eine zentrale Rolle. Der in Belgien promovierte Geologe, der 1937 Gelegenheit zu einer Deutschlandreise hatte, wurde 1938 Wirtschaftsminister und Chef der Nationalen Rohstoffkommission der Guomindangregierung und in diesen Funktionen der entscheidende Gesprächspartner für die Geschäfte der HAPRO, der »Handelsgesellschaft für Industrielle Produkte m.b.H.« – jener deutschen Gesellschaft, die mit der Abwicklung und Kanalisierung der im Warenaustauschvertrag vorgesehenen militärischen Lieferungen aus Deutschland nach China und der chinesischen Rohstoff- und Landesproduktexporte nach Deutschland beauftragt war. (43)

In der Phase der unmittelbaren Vorbereitung der Reise der chinesischen Delegation nach Deutschland und noch während der ersten Verhandlungen, die die Delegation in Berlin führt, muss Weng Wenhao in Telegrammen mit Klein noch einige Hindernisse aus dem Weg räumen: In China treffen Nachrichten ein, wonach die deutsche Seite die vereinbarte Geheimhaltung der Vereinbarungen mit China gegenüber Japan nicht gewährleistet, und in Nanjing kursieren außerdem Gerüchte, dass Klein außerhalb seiner Tätigkeit für die Guomindangregierung private Waffengeschäfte in China betreibt. Der Telegrammwechsel, der – im Januar 1936 beginnend – bis März 1936 zur Klärung dieser Angelegenheiten geführt wird und in den sich auch Jiang Jieshi einschaltet, offenbart in der Art und Weise seiner Abwicklung ein weiteres interessantes Details

[S. 224]

des engen, ja ungewöhnlich intimen Charakters der deutsch-chinesischen Beziehungen in dieser Phase: Der Telegrammwechsel findet als direkter verschlüsselter Fernschreibverkehr statt; die Vertreter der chinesischen und der deutschen Regierung verwenden den gleichen Code. Weng Wenhao erhält – so ist den Akten zweifelsfrei zu entnehmen – im Herbst 1935 persönlich ein Exemplar einer Vorschrift zum »Gebrauch der Umsetztafel« und ein

Decodierungsbeispiel Buchstabengruppen – deutscher Text – chinesische Übersetzung. (44)
Am 16. Januar 1936 fragt Wenig unter Verwendung dieser Vorschrift in Berlin an, ob Klein tatsächlich in Guangzhou (Kanton) eine Giftgasfabrik zu errichten beabsichtige; am 13. Februar weist Klein diese Vermutung zurück; am 15. Februar telegraphiert der deutsche »Wehrwirtschaftsstab« verschlüsselt an Jiang Jieshi, dass die Geheimhaltung der Waffenproduktion für China garantiert sei. (45)

Nicht alle Telegramme dieser Verhandlungstage sind in den – bisher eingesehenen – Aktenmappen enthalten. Aber ein Telegramm Kleins aus Berlin an die chinesische Regierung am 3. März 1936 enthält Verweise darauf, dass zur Information über die Arbeit der Delegation in Berlin generell dieser Verschlüsselungsweg benutzt wurde, und außerdem zeigt dieses Telegramm klar, dass die deutsche Botschaft in China in diesem ganzen Prozess nur eine sehr periphere Rolle spielte. Denn Klein schreibt – an die chinesische Regierung! –: »Angekündigtes Telegramm Reichskriegsministerium an Trautmann (den deutschen Botschafter in China – W.A.) bereits abgegangen Punkt Text ist ausgehändigt Kommission (gemeint ist die chinesische Delegation in Berlin – W.A.) von Kriegsministerium Punkt Es interessiert, ob Telegramm durch Trautmann an Marschall (Jiang Jieshi – W.A.) weitergegeben wurde Punkt Erbitten Nachricht«. (46)

Gleichfalls am 3. März 1936 telegraphiert Jiang Jieshi verschlüsselt an v. Blomberg. Hierbei taucht auch die festgelegte Telegrammadresse in Berlin auf: »Chidekos Berlin«. Jiang zieht zu diesem Zeitpunkt bereits ein Resümee und schreibt (im deutschen Verzifferungstext wörtlich): »Herzlichen Dank für den Empfang der chinesischen Kommission in Deutschland besonders für die von Ihnen der Kommission zugeteilten Fühlungnahme Punkt Erbitten Einführung in abschließende Verhandlungen für alle gründlich noch zu erörternden Punkte um zu durchführen alles möglichst bald. Freundschaftlich Marschall Chang Kai Shek.« (47)

Trotzdem bleibt noch einiges zu klären. Am 19. März telegraphiert Weng Wenhao an Klein – diesmal unter »Anduss Berlin« – die Frage, wer wirklich der HAPRO vorstehe. Am 24. März versichert v. Blomberg im Telegramm an Jiang Jieshi, dass es keine Waffenlieferungen ohne Zustimmung der Regierung in Nanjing gebe und dass die HAPRO »jetzt staatliche Gesellschaft und arbeitet nur noch gemäß unseren Weisungen«. Am 28. März erklärt Jiang die bestehenden Zweifel für ausgeräumt und gibt der Kommission grünes Licht zur Weiterverhandlung. Weng Wenhao appelliert am 1. April an Klein, sich »ja nicht von einem vorübergehenden Missverständnis stören« zu lassen und rasch die Verhandlungen fortzusetzen. Am 3. April ist es nochmals Jiang Jieshi, der gegenüber v. Blomberg alle die Verhandlungen störenden Gerüchte als »falsche Berichte« verurteilt, »volles Vertrauen zu dem von Klein vorgeschlagenen Plan für wirtschaftliche Zusammenarbeit« bekundet und »äußerst erfreut und beruhigt« den »ernsten Willen« der deutschen Regierung zur Zusammenarbeit mit China zur Kenntnis nimmt. (48)

Am 14. April 1936 setzt Jiang Jieshi mit einem Telegramm an Hitler einen gewissen Schlusspunkt: »Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China verdankt Ihrer Führung den großen Erfolg, der durch Unterzeichnung des Vertrages seinen Ausdruck gefunden hat.

[S. 225]

Dieser wird freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern umso enger gestalten und Grundlage für Aufbau Chinas bilden.« (49)

Den deutschen Schlusspunkt unter die Verhandlungen setzt – einige Tage nach dem eingangs zitierten Brief Hitlers an Jiang Jieshi – General v. Seeckt mit einem Brief an Jiang am 16. Mai 1936. Wieder wird die Besonderheit des Status dieses Chefberaters von Jiang deutlich, indem v. Seeckt schreibt: »Nachdem die von Ihnen nach Deutschland entsandte Kommission ihre Arbeit beendet hat und nach China zurückkehrt, benutze ich die Gelegenheit, Ihnen durch Herrn Robert Chi (ein Mitglied der Kommission – W.A.) persönlich und vertraulich zu berichten.« Seeckt stellt klar, dass alle Pläne Kleins in seinem Auftrag unterbreitet worden waren, und er gibt noch einmal zu verstehen, dass es eine beiderseitige Vereinbarung war, »dass die vorbereitenden Verhandlungen zunächst nicht auf dem Wege der diplomatischen Vertretungen in Berlin und Nanking geführt werden sollten«. Seine eigene Aufgabe sieht Seeckt mit dem Vertragsabschluss als beendet an. Nun werde General v. Reichenau China einen Besuch abstatten und die Grundlagen für die Zusammenarbeit weiter vertiefen. Die Pläne, die v. Reichenau zur Entwicklung der chinesischen Kriegsindustrie vorlegen werden, seien noch von ihm, Seeckt, erarbeitet und mit denen des deutschen Kriegsministeriums in Übereinstimmung gebracht worden. Klein, so schließt Seeckt, werde nach China zurückkehren und verdiene das ungebrochene weitere Vertrauen Jiang Jieshis. (50)

Infolge des Vertragsabschlusses wurde China – so heißt es in einer Untersuchung von B. Martin – 1936 mit 28 und 1937 mit 37 Prozent zum »Hauptabnehmer deutscher Waffenlieferungen«, während Deutschland »die chinesischen Wolframexporte 1937 mit 72 % (resp. 8.073 Tonnen) nahezu monopolisierte«. Der chinesische Markt wurde »zum drittichtigsten außereuropäischen Absatzgebiet« für Deutschland – nach den USA und Brasilien. Der deutsche Anteil am chinesischen Außenhandel stieg sprunghaft auf 17 Prozent – »es galt daher nur als eine Frage der Zeit, dass Deutschland die weniger als ein Prozent vor ihm rangierenden USA überrunden und in China die marktbeherrschende Position einnehmen würde«. (51)

Nach dem mit den Verhandlungen in Berlin erreichten Höhepunkt in den Beziehungen zwischen der chinesischen Guomindangregierung und der Regierung des faschistischen Deutschlands – Beziehungen, die von Beginn an offen als antikommunistisch, als dem Friedensinteresse des chinesischen wie des deutschen Volkes zuwiderlaufend konzipiert waren – kommt es zur eingangs nachgezeichneten raschen, wenngleich chinesischerseits lange nach Kräften hinausgezögerten Desillusionierung. Reichenau weilt nur zu einer kurzen Inspektion in China – er kann (und soll dies auch wohl schon nicht mehr) Seeckt nicht ersetzen. Bereits im Oktober 1936 ist er wieder in Berlin und verkehrt mit Jiang Jieshi nur noch telegraphisch. (52) Klein verlässt China im Frühjahr 1937 – mit großen Plänen hinsichtlich der weiteren Steigerung der chinesischen Rohstofflieferungen nach Deutschland und der Vorstellung, die deutschen Militärberater, die ja der chinesischen Regierung unterstellt sind, künftig unter dem Berater General a. D. v. Falkenhausen, den er reaktivieren will, unter einem einheitlichen Befehl zusammenzufassen und eine regelrecht deutsche Militärmission zu schaffen. (53)

[S. 226]

Aber diese Klein-Vorstellungen befinden sich nicht mehr in Übereinstimmung mit der in Berlin getroffenen Entscheidung für das Bündnis mit Japan. Falkenhausen sieht seine Hauptaufgabe als Berater schon wenige Monate später nicht in der Stärkung der chinesischen Verteidigungsfähigkeit, sondern darin, Jiang Jieshi zur raschen Kapitulation gegenüber Japan zu drängen. Er wirkt dabei eng mit Botschafter Trautmann zusammen, ist zeitweilig in dieser Rolle sogar aktiver als Trautmann, der am 18. November 1937 noch zweifelt, ob man

Falkenhausens Meinung teilen solle, »dass jetzt vielleicht der Augenblick gekommen wäre, einen Druck auf die Chinesen auszuüben, dass sie Frieden schließen.« (54)

Trautmann übt solchen Druck im Grunde längst aus – am 5. November in seinem ersten »Vermittlungs«-Gespräch mit Jiang Jieshi noch zurückhaltend; offener schon am 8. November, als er Kong Xiangxi nachdrücklich klarzumachen versucht, dass, wenn China nicht auf die japanischen »Friedens«-Bedingungen einzugehen bereit ist, »es (...) nach einiger Zeit eine Revolution in China geben (würde), und die Roten (...) an die Macht kommen (würden)«. (55) Am 9. November benutzt Falkenhausen gegenüber Kong Xiangxi und dem stellvertretenden Chef des Generalstabes, Bai Chongxi, genau die gleichen Argumente von einer »kommunistischen Gefahr«. (56) Am 2. Dezember, bei seiner zweiten »Vermittlungs«-Begegnung mit Jiang, erhöht Trautmann den Druck zur Kapitulation weiter. (57) Ende Dezember 1937, als Japan erneut verschärfte »Friedens«-Bedingungen formuliert, tut – wie Cai Dexin und Yang Lixian überzeugend nachweisen – »die deutsche Regierung das Äußerste, um die chinesische Regierung zu direkten Gesprächen mit Japan zu zwingen«. Zu diesem Äußersten gehört auch die Forderung an China, »sich aller Versuche freundschaftlicher Annäherung an Russland zu enthalten«, da solche Versuche Deutschland veranlassen müssten, seine »Beziehungen mit China zu überprüfen«. (58) Falkenhausen macht seinen zweifellos großen Einfluss noch mehrfach in dieser Richtung geltend: am 30. Dezember 1937 im Gespräch mit führenden chinesischen Militärs und am 10. Januar 1938 noch einmal in einer direkten Begegnung mit Jiang Jieshi. (59)

Aber Jiang Jieshi kann diesem Druck nicht nachgeben. Es wäre – das erkennt er – das Ende der Republik China. Im September 1937 ist er die »Zweite Zusammenarbeit« mit der Kommunistischen Partei Chinas zur Abwehr der japanischen Aggression eingegangen, weil der Druck des Volkes ihn dazu zwang und weil er zugleich nur auf diese Weise hoffen kann, im Rahmen dieser Republik seine eigenen bürgerlich-nationalistischen Herrschaftsinteressen weiterverfolgen zu können. (60)

Auf soviel Eigenständigkeit Chinas freilich war die Zusammenarbeitskonzeption des faschistischen Deutschlands nie ausgerichtet. In die deutschen Weltherrschaftspläne sollte sich China einordnen – nun, da es dazu nicht bereit ist, hält Hitler es in seiner Rede zur Begründung der

[S. 227]

Anerkennung »Manzhouguos« durch Deutschland am 20. Februar 1938 »für seelisch oder materiell nicht gekräftigt genug, um aus eigenem einem bolschewistischen Ansturm standhalten zu können.« Wegen dieses »Standhaltens« aber müsse Deutschland nun Japan unterstützen, denn, so fährt Hitler fort: »Ich glaube (...), dass selbst der größte Sieg Japans für die Kultur und den allgemeinen Frieden in der Welt unendlich weniger gefährlich ist, als es ein Sieg des Bolschewismus sein würde.« (61) Zugunsten eines Sieges Japans knüpft die deutsche Regierung dann auch ihre weitere Chinapolitik ganz und gar an die japanische Aggression und an die 1940 von Japan eingesetzte Wang-Jingwei-Regierung – allerdings nicht ohne zuvor noch möglichst alle sich aus den Vereinbarungen von 1936 ergebenden wirtschaftlichen und politischen Vorteile voll für sich auszunutzen.

Nichts – so muss die Jiang-Jieshi-Regierung erkennen – nützt ihr in dieser Phase, da die herrschenden Kreise des deutschen Faschismus in ihrem Drang nach Weltherrschaft und in ihrem überschäumendem Antikommunismus alles Maß für eine realistische Einschätzung von Kräfteverhältnissen verloren haben, die scheinbar so logische, von ihren eigenen bürgerlichen Interessen her so begründete Interessenanalyse eines Xu Daolin. Nichts wert sind für die

chinesische Regierung nun auch die Projekte Kleins, denn sie waren – auch wenn es nicht immer ausgesprochen wurde – stets an politische Bedingungen und Forderungen geknüpft, die eine wirkliche Gleichberechtigung ausschlossen. Das faschistische Deutschland als »Freund« – es war historisch folgerichtig, dass dieser Versuch scheiterte.

- (1) Original des Schreibens in deutscher Sprache und chinesischer Übersetzung in: Zweites Historisches Archiv Chinas (2. HACH), Akten-Nr. 28-3652.
- (2) Übersetzung einer Meldung der Zhongyang Ribao (chin.) v. 28.11.1936, in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam (ZStA Potsdam) (seit 1990 Bundesarchiv), Bestand Deutsche Botschaft China (DBCh), Akten-Nr. 2312, Bl. 348.
- (3) Vgl. dazu Ž. D. Katkova, Vnešnjaja politika gomin'danovskogo pravitel'stva v period antijaponskoj vojny, Moskva 1978, S. 36.
- (4) Vgl. ebenda, S. 46.
- (5) Die deutsche »Vermittlung« ist beschrieben und dokumentiert in: J. Peck, Kolonialismus ohne Kolonien. Der deutsche Imperialismus und China 1937, Berlin 1961.
- (6) China Handbook 1937-1943, Chungking 1943, S. 173.
- (7) Ebenda, S. 174.
- (8) Ebenda, S. 175.
- (9) Fassung der Kriegserklärung in chinesischer Sprache in: 2. HACH, 18-1471 (engl. in: China Handbook 1937-1943, S. 175).
- (10) Vgl. K. Drechsler, Deutschland – China – Japan 1933-1939. Das Dilemma der deutschen Fernostpolitik, Berlin 1964.
- (11) Vgl. J. P. Fox, Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938, London 1982; W. C. Kirby, Germany and Republican China, Stanford 1984; U. Ratenhof, Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871-1945. Wirtschaft – Rüstung – Militär, Boppard a. Rh. 1987.
- (12) Cgl. Cai Dejin, Yang Lixian, Taodeman »tiaoting« chu tan (Zur »Vermittlung« Trautmanns), in: Minguo dang'an, Nanjing (1987) 1, S. 100 ff.
- (13) Xu Daolin, Deyizhi yu Zhong Ri liangguozhi waijiao guanxi (Die deutschen Außenbeziehungen mit China und Japan); Korrektorexemplar eines vom Dezember 1932 datierten Aufsatzes für »Waijiao pinglung«, S. 37 ff., in: 2. HACH 28-238.
- (14) Die Angaben zur Person von Xu Daolin gehen auf Informationen des 2. HACH zurück.
- (15) Xu Daolin, S. 38.
- (16) Ebenda, S. 39-42.
- (17) Kirby, S. 152.
- (18) Ebenda, S. 151.
- (19) Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte, Berlin 1970, Bd. 2, S. 469 f.
- (20) 2. HACH, 28-235.
- (21) Kirby, S. 112 f.
- (22) Vgl. ebenda, S. 113; Ratenhof, S. 308.
- (23) Kirby, S. 112 f.
- (24) Original des Briefes von Schacht an Jiang Jieshi und Abschrift des Briefes von Schacht an Kong Xiangxi in: 2. HACH, 28-3652.
- (25) Vgl. Maschinenschriftl. Fassung (chin.) des Klein-Planes »Jianshe shili zhongxin dianzhi zuzhi jianyì«, in: 2. HACH, 28-689, Bl. 1-24.
- (26) Vgl. ebenda.
- (27) Vgl. 2. HACH, 26-686.
- (28) Vgl. 2. HACH, 28-688.
- (29) Vgl. 2. HACH, 28-685.
- (30) Vgl. 2. HACH, 28-686.

- (31) Vgl. 2. HACH, 28-688.
- (32) Deutsche Fassung des Entwurfes im Orig. mit handschriftl. Korrekturen, in: 2. HACH, 28-685, Bl. 4-5 (Bl 1-3: chinesische Fassung).
- (33) Deutsche Fassung im Orig. mit handschriftl. Korrekturen, in: 2. HACH, 28-688, Bl. 8-14 (Bl. 1-7: chinesische Fassung).
- (34) Deutsche Fassung im Orig. mit handschriftl. Korrekturen, in: 2. HACH, 28-686, Bl. 3 (Bl. 1-2: chinesische Fassung).
- (35) Vgl. chinesische Fassung dieses Planes in: 2. HACH, 28-694.
- (36) Ebenda, 28-3652.
- (37) Vgl. ebenda.
- (38) 2. HACH, 28-690, Bl. 6-7; beigefügt auch chinesische Fassung.
- (39) Ebenda.
- (40) Ebenda, Bl. 12-13; beigefügt auch chinesische Fassung.
- (41) Ebenda, Bl. 9; beigefügt auch chinesische Fassung.
- (42) Ebenda, 28-691, Bl. 2-3; beigefügt auch chinesische Fassung.
- (43) Die Angaben zur Person von Weng Wenhao (in den Akten auch Wong Wen Hau) vgl. *Zhonghua Minguoshi shijian renwu lu* (Nachschlagewerk Ereignisse und Persönlichkeiten der Geschichte der Republik China), Hrsg. Huang Meizhen / Hao Shengchao, Shanghai 1987, S. 739. Weng, geb. 1889, spielte seit 1943 eine bedeutende Rolle in der Zusammenarbeit der Guomindangregierung mit den USA, folgte dann aber 1949 aber nicht dieser Regierung nach Taiwan, sondern ging nach einigen Monaten Aufenthalt in Hongkong und Frankreich 1951 in die VR China. In Peking, wo er 1971 starb, hatte er verantwortungsvolle Funktionen u. a. im Revolutionären Komitee der Guomindang inne. Weng Wenhao verfasste mehrere Fachbücher zur Geologie Chinas.
- (44) Vgl. 2. HACH, 28-693.
- (45) Vgl. ebenda, 28-3653.
- (46) Ebenda.
- (47) Ebenda.
- (48) Ebenda.
- (49) Ebenda.
- (50) Deutsches Original und chinesische Fassung, ebenda, 28-3652.
- (51) B. Martin, *Das Deutsche Reich und Guomindang-China, 1927-1941*, in: Kuo Heng-yü (Hrsg.), *Von der Kolonialpolitik zur Kooperation, Studien zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*, München 1986, S. 359.
- (52) Vgl. 2. HACH, 28-3652.
- (53) Vgl. Aufzeichnung Trautmann, Nanking 1.4.1937, in: ZStA Potsdam (seit 1990 Bundesarchiv), DBCh, 2247, Bl. 232.
- (54) Telegramm Trautmann, Nanking, an Auswärtiges Amt, 18.11.1937, ebenda, 2103, Bl. 142-143.
- (55) Telegramm Trautmann, Nanking, an Auswärtiges Amt, 9.11.1937, ebenda, 2103, Bl. 151.
- (56) Vgl. Cai Dejin / Yang Lixian, S. 102. Dieser Beitrag leistet, gestützt auf chinesische Dokumentenpublikationen aus den fünfziger Jahren, aber auch durch Verwendung noch nicht veröffentlichten Quellenmaterials sowie durch Heranziehung von Dokumentationen und Monographien, die in Taipeh herausgegeben worden sind, Bemerkenswertes zum Verständnis des Zusammenspiels Trautmann-Falkenhausen, zur Rekonstruktion der Einflussnahme dieser beiden Deutschen auf zahlreiche chinesische Politiker und Militärs von November 1937 bis Januar 1938.
- (57) Vgl. im einzelnen die in Anm. 5 genannte Arbeit von Peck.

(58) Cai Dejin /Yang Lixian, S. 105, unter Verwendung von 1957 in der VR China publizierten Dokumenten (hier z. B. Telegramm Mackensen, Auswärtiges Amt, 29.12.1937, an Botschafter Dirksen in Tokio).

(59) Vgl. ebenda.

(60) Zur Entwicklung der Positionen Jiang Jieshis im Umfeld der deutschen »Vermittlungs«-Aktion haben Cai Dejin / Yang Lixian mit ihrem Aufsatz überzeugende Denkanstöße geliefert.

(61) Deutsche Allgemeine Zeitung, 22.2.1938, in: ZStA Potsdam (seit 1990 Bundesarchiv), 3825, Bl. 21.